

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke
Ausgabe 5/2019



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

auch in diesem Newsletter möchte ich Sie gerne über die maßgeblichen Inhalte der vergangenen Wochen informieren. Derzeit diskutieren wir im Deutschen Bundestag verschiedene Themenfelder, angefangen von einer möglichen CO₂-Bepreisung als Beitrag zum Klimaschutz, über die Reform der Organisationsstruktur bis hin zu einem Gesetzentwurf des Innenministeriums, der eine verbesserte Durchsetzung der Ausreisepflicht zum Gegenstand hat. Die E-Mobilität steht derzeit besonders im Fokus, auch als Maßnahme zur signifikanten Reduktion von innerstädtischen Emissionswerten. Elektrokleinstfahrzeuge wie z.B. Elektrotretroller sind eine gute Möglichkeit, den Verkehr klimafreundlicher auszugestalten. Hierzu finden Sie untenstehend eine Übersicht über die vom Kabinett beschlossene Neuregelung.

Eine gute Ausbildung ist heute wichtiger als je zuvor. Das gilt für den Einzelnen wie für unsere Gesellschaft insgesamt. Sie verbessert beispielsweise die Chancen auf wirtschaftlichen Erfolg. Mit Ausbildung meine ich alle Formen der Wissensvermittlung, sei es universitärer Natur, in Hochschulen, aber auch in Abendschulen, Ausbildungsbetrieben und Meisterkursen. Zu Recht haben wir uns daher dafür eingesetzt, das Berufsausbildungsförderungsgesetz, besser bekannt unter der Abkürzung BAföG, zu reformieren und die Fördersätze entsprechend anzuheben. Die zentralen Änderungen finden Sie in einem kleinen Beitrag erläutert.

CDU und CSU haben ein gemeinsames Programm für die Europawahl verabschiedet. Die wesentlichen Inhalte und Ziele darf ich Ihnen untenstehend präsentieren. Mit Manfred Weber als Spitzenkandidat und mit Uwe Pakendorf als Kandidat aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis sind wir hervorragend aufgestellt. Liebe Leserinnen und Leser, abschließend möchte ich Sie herzlich einladen, am Sonntag, den 26. Mai 2019, von Ihrem Wahlrecht anlässlich der Europawahl Gebrauch zu machen. Das ist Ihre Möglichkeit, die Europäische Union im Sinne eines wirtschaftlich starken, verlässlichen Verbundes und als Ort von Freiheit und Wohlstand maßgeblich zu bestimmen. Ich hoffe auf Ihre Stimme für die Europapartei CDU.

Herzliche Grüße

Ihr
Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

ELEKTROKLEINSTFAHRZEUGE

Deutschland mobiler machen, den Verkehr klimafreundlicher gestalten und die Luftqualität in Deutschland weiter verbessern. Diese Ziele haben wir uns als Unionsfraktion gesetzt. Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es vieler kleiner Schritte. Einer dieser Schritte ist die Zulassung und Integration von sogenannten Elektrokleinstfahrzeugen in den Verkehr. Der Bundesrat stimmte am 17. Mai 2019 einer Verordnung der Bundesregierung zu, die den Umgang mit "Elektrokleinstfahrzeugen" regelt. Der sogenannten Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung. Zukünftig dürfen elektronisch angetriebene City-Roller, sogenannte Elektro-Tretroller oder E-Scooter, am öffentlichen Straßenverkehr teilnehmen.

Bisher dürfen in Deutschland ausschließlich die in der noch geltenden Mobilitätshilfenverordnung (MobHV) definierten elektronischen Mobilitätshilfen im öffentlichen Straßenverkehr betrieben werden. Darunter fallen vor allem Fahrzeuge der Marke Segway oder ähnlicher Bauart. Die neue Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung (eKFV) soll nun auch „elektrisch betriebenen Fahrzeugen ohne Sitz und selbstbalancierenden Fahrzeugen" die Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr ermöglichen.

Die neue Verordnung ermöglicht elektrischen Tretrollern mit einer Höchstgeschwindigkeit von bis zu 20 km/h die Teilnahme am Straßenverkehr. Anders als in der Regierungsverordnung ursprünglich vorgesehen, dürfen die E-Scooter aber nicht auf Gehwegen und in Fußgängerzonen fahren, sondern ausschließlich auf Radwegen bzw. Radfahrstreifen. Gibt es solche nicht, müssen die Roller auf die Straße. Für alle E-Scooter gilt ein Mindestalter von 14 Jahren. Der Versicherungsnachweis erfolgt in Form einer klebbaren Versicherungsplakette, die speziell zur Anbringung an Elektrokleinstfahrzeugen konzipiert wurde. Es besteht keine Zulassungspflicht.

Ich freue mich ganz besonders, dass auch der Rheinisch-Bergische Kreis über alle Verkehrsträger hinweg mit einer ganzheitlichen Strategie zur Verbesserung, Optimierung und Etablierung neuer und bestehender Verkehrslösungen beiträgt. Das Mobilitätskonzept wird gemeinsam mit den kreisangehörigen Kommunen, den Verkehrsunternehmen, dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg, dem Nahverkehr Rheinland sowie in Kooperation mit dem Region Köln/Bonn e.V. und dem Zukunftsnetz Mobilität NRW erarbeitet.



TERMINE

21.05.2019 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde Rösrath, Bürgermeisterbüro

26.05.2019 EUROPAAWAHL

11.06.2019 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde Odenthal, Rathaus Trauzimmer

26.06.2019 14:00 Uhr

Öffentliche Anhörung Finanzausschuss, Thema „Gründerrepublik Deutschland“

03.07.2019 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde Bergisch Gladbach, CDU-Center

22.07.2019 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde Leichlingen, Rathaus, kleines Sitzungszimmer

BAFÖG- REFORM

Studierende und Schülerinnen und Schüler erhalten für ihre Ausbildung künftig mehr staatliche Unterstützung. Das sieht die Bafög-Reform vor, die der Bundestag am Donnerstagabend verabschiedet hat. Geplant ist eine Erhöhung der BAFöG-Bedarfssätze jeweils zu Beginn des Schuljahres beziehungsweise zu Beginn des Wintersemesters 2019 um fünf Prozent und nochmals im Jahr 2020 um weitere zwei Prozent. Zusätzlich wird der Wohnzuschlag für auswärts wohnende Studenten künftig 325 Euro betragen. Der BAFöG-Höchstsatz, der derzeit bei 735 Euro liegt, wird im Jahr 2020 somit bei 861 Euro liegen. Das ist natürlich immer noch kein exorbitanter Betrag, erlaubt aber ein gutes Leben während der Ausbildung, um sich in der Zukunft wirtschaftlich eigenständig aufstellen zu können.

Neben den BAFöG-Bedarfssätzen werden auch die Einkommensfreibeträge kräftig ansteigen. Im Jahr 2019 zunächst um sieben Prozent und im Jahr 2020 um weitere drei Prozent, sowie im Jahr 2021 nochmals um weitere sechs Prozent. Damit erweitern wir den Kreis der Anspruchsberechtigten umfänglich, damit niemand aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten davon Abstand nehmen muss, eine Ausbildung zu beginnen oder zu vollenden. Bildung ist bekanntlich der wesentliche Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg und eine Ausbildung schafft zu gewissem Anteil gute Voraussetzungen, sich selbst verwirklichen zu können. Wir freuen uns, als Gesetzgeber zumindest einen kleinen zusätzlichen Beitrag zu den ohnehin schon bestehenden Maßnahmen leisten zu können.

EUROPAWAHLEN 2019

CDU und CSU haben ein gemeinsames Wahlprogramm aufgelegt unter dem Titel „Unser Europa macht stark. Für Sicherheit, Frieden und Wohlstand.“ Anhand dieser drei Kriterien möchte ich die wesentlichen Inhalte des Programms darstellen.

Sicherheit

Europa wird ganz maßgeblich auch durch seine grenzenlose Freiheit geprägt. Dieser Raum der Freiheit muss natürlich auch gesichert werden, nach innen wie nach außen. Wir als Union setzen uns daher für gemeinsame europäische Streitkräfte bis zum Jahr 2030 ein. Wir fördern daher die Vereinheitlichung der Waffen- und Verteidigungssysteme und wollen die Kooperation auf eine ganz neue Stufe erheben. Auch streben wir einen gemeinsamen Sitz der EU im Rahmen des UN-Sicherheitsrates an, um der geopolitischen Bedeutung der Europäischen Union gerecht zu werden.

Europa kennt seine Grenzen: Vertiefung geht für uns vor Erweiterung. Die Türkei ist ein strategischer Partner im Rahmen der NATO, wir lehnen als Union jedoch eine Erweiterung ab. Derzeit haben wir mit 27 Mitgliedstaaten und dem Vereinigten Königreich

bereits zahlreiche Aufgaben vor uns und müssen zuvörderst unsere gemeinsame Idee von Europa mit Leben füllen.

Um die bestmögliche Sicherheit schaffen zu können, braucht es natürlich auch die entsprechenden polizeilichen Behörden. Wir bekräftigen unsere Überzeugung, dass die europäische Polizeibehörde Europol ein Europäisches FBI werden muss. Nur diese neue Form der Kooperation garantiert ein mehr an Austausch und Partnerschaft. Die europäische Grenzagentur Frontex wollen wir darüber hinaus zu einer vollwertigen europäischen Grenzpolizei ausbauen, damit unsere Außengrenzen noch sicherer werden. Niemand soll in den europäischen Innenraum ohne gültige Identitätsdokumente einreisen. Dazu gehört auch, bereits an den EU-Außengrenzen europäische Transitzentren zu etablieren.

Frieden

Die Europäische Union wurde 1957 vor allem zum Zwecke der wirtschaftlichen Kooperation gegründet. Dahinter stand jedoch auch immer der Gedanke, dass Nationen, die intensiv miteinander Handel treiben, in einem gegenseitigen Austausch leben und somit ein Ort für Frieden und Stabilität ausbilden. Die Geschichte der Europäischen Union hat eindrücklich bewiesen, dass dieses Ziel erreicht werden konnte.

Aber das europäische Friedensprojekt wird auf Dauer nicht nur von vergangenen Erzählungen leben können, sondern muss immer wieder neu und engagiert vorangebracht werden. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass sich die Völker Europas auch in Zukunft immer näher kommen. Maßgeblich trägt dazu eine Vertiefung des innereuropäischen Austauschs bei. Das Interrail-Ticket DiscoverEU wollen wir für jeden 18-Jährigen und jede 18-Jährige kostenlos zur Verfügung stellen. Für uns ist es wichtig, dass der grenzenlose europäische Binnenmarkt tatsächlich auch erfahrbar wird – im wahrsten Sinne des Wortes.

Der Austausch soll jedoch nicht allein im Reisen bestehen. Wir wollen auch die innereuropäische Mobilität erhöhen im Rahmen der Ausbildung. Dafür wollen wir das Programm Erasmus+ nochmals kräftig ausbauen und die Mittel erhöhen. Erasmus+ hat zum Ziel, nicht nur universitäre Auslandsaufenthalte zu ermöglichen, sondern auch den schulischen Austausch sowie berufliche Ausbildung im europäischen Ausland zu ermöglichen. So werden nicht nur Nachbarn zu Freunden, auch die sprachlichen Barrieren werden so sukzessive abgebaut.

“Die Lebensfähigkeit Europas entspricht nicht nur ihrem Interesse, sondern auch dem Interesse der ganzen Welt.”

– Konrad Adenauer

Wohlstand

Die Europäische Union stellt den größten Binnenmarkt der Welt dar und gerade für die Bundesrepublik Deutschland ist dieser Markt der wesentliche Abnehmer für unsere zahlreichen Exportunternehmen. Nicht nur die deutschen Großunternehmen, gerade der deutsche Mittelstand mit seinen zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern lebt von dem engen wirtschaftlichen Austauschverhältnis innerhalb Europas. Diesen Binnenraum wollen wir stärken, auch indem wir auf europäischer Ebene die Bürokratiekosten sukzessive abbauen. Wir sprechen uns dafür nach deutschem Vorbild für einen europäischen Normenkontrollrat aus.

Aber nicht nur der europäische Binnenmarkt ist entscheidend, auch die weltweite Kooperation trägt nachhaltig für unseren wirtschaftlichen Wohlstand ein. Wir wollen uns daher für neue Handelsabkommen mit den USA, aber auch den Staaten Asiens einsetzen. Europa ist ein Ort der Stabilität, in rechtlicher, aber auch wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht. Wir unterstützen die europäische Bankenunion, jedoch muss es auch in Zukunft bei der Einheit von Haftung und Verantwortung bleiben. Wir lehnen daher einen gemeinsamen europäischen Finanzminister ab, ebenso wie eine einheitliche europäische Arbeitslosenversicherung. Mit uns wird es keine Vergemeinschaftung von Vermögen und Schulden auf europäischer Ebene geben und Staaten, die die finanzrechtlichen Anforderungen nicht erfüllen, wollen wir konsequenter ahnden. Das dient nicht einem Selbstzweck, sondern der Sicherung unseres wirtschaftlichen Erfolgs für die Zukunft.

Die Bewahrung der Schöpfung ist nicht nur aus finanzieller, sondern gerade auch aus menschenrechtlicher Perspektive zwingend erforderlich. Gerade wir als Union nehmen dies als unser Herzensanliegen wahr. So setzen wir uns für eine globale Bepreisung von Treibhausgasemissionen ein und werden weitere Maßnahmen ergreifen, um einen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. So streben wir ein Abkommen zur Plastikvermeidung an und werden eine europaweite Strategie zur Bekämpfung der Plastikflut in unseren Weltmeeren vorlegen.

Mit diesem ambitionierten und umfassenden Programm werben wir als Union für Ihre Zustimmung am 26. Mai 2019!



In den vergangenen zwei Wochen unterstützte mich Frau Nicola Trenz in meinem Bundestagsbüro in Berlin. Herzlichen Dank für die Unterstützung! Ich hoffe, Sie nehmen viele gute Eindrücke mit nach Hause.



Zu Gast bei der Jahrestagung von „Auswärts Zuhause“ unter dem Titel „Jugendwohnen trifft Berlin!“



Zu Besuch in der Familienferienstätte St. Ursula in Kirchmöser mit der Bundestagsabgeordneten Dietlind Tiemann

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227- 79547
Fax: (030) 227- 76906

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail: hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Internet: <http://www.hermannjosef-tebroke.de>